

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Donau-Ries



Rundbrief September 2007



Liebe Freundinnen und Freunde,

die Sommerpause ist vorbei. Hoffentlich konntet ihr Sommer, Sonne, Biergarten und alles was sonst noch Spaß macht genießen. Gut erholt wollen wir die kommenden Herausforderungen in Teamarbeit meistern.

Grüne Grüße

Ursula Kneißl-Eder und Rudi Koukol

EINLADUNG

**zur Kreisversammlung am
Mi. 26. September 2007, 20 Uhr
im Gasthof Engel
Nördlingen, Wemdingen Straße 4**

Tagesordnung:

1. Begrüßung
Protokoll der letzten Kreisversammlung
2. Berichte aus Kreis- Stadt- und Gemeinderäten
3. Kreistagswahl
4. Stadt- und Gemeinderatswahlen
5. Bericht von der Sonder-BDK in Göttingen zum Thema Afghanistan
6. Gleichstellungsstelle im Lkrs.
7. Sonstiges

PROTOKOLL

der Kreisversammlung vom 11. Juli 2007
im Tanzhaus-Nebenzimmer in Donauwörth

Wegen einer beruflichen Fortbildung
entschuldigt: Ursula Kneißl-Eder

1. Begrüßung durch Rudi Koukol

2. Jahreskassenbericht

Der Bericht wurde besprochen. Die Kasse
muss noch geprüft werden.

3. Kommunalwahlen/Kreistagsliste

- Hubert Renelt bemängelte, dass ihm von einigen Leuten die Namen nicht gemeldet wurden.
- Der von Rudi Koukol ausgeteilte Listenvorschlag wurde bearbeitet
- Angesprochen wurde, ob zwei, drei bekannte Männer Plätze von weniger bekannten Frauen zwischen Platz zehn und zwanzig einnehmen sollten.
- Ursula Kneißl-Eder soll ihre Namen an Hubert Renelt melden.
- Rudi Koukol, Ursula Kneißl-Eder, Marianne Ach, Kurt Jenning und Hubert Renelt machen am Mittwoch, 25. Juli, 17.00 Uhr, bei Marianne Ach den Listenvorschlag komplett.
- Andrea Eireiner berichtete vom Treffen des Wahlkampf-Teams.
- Die Nominierungsversammlung soll am 10. Oktober in Donauwörth stattfinden.
- Der Etat für die Kommunalwahlen beträgt 10.000.-- EUR, so die Versammlung. Kaisheim und Oberndorf bekommen jeweils 1.000.-- EUR, Donauwörth und Nördlingen jeweils 2.500.-- EUR. Für den Kreis sind 3.000.-- EUR vorgesehen.

- Wir haben ca. 300 brauchbare Plakatständer. Nico Ach bestellt zusätzlich 200 Hartfaserplatten für Plakate.

4. Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan

Hubert Renelt bat um Unterstützung für einen Sonderparteitag. Die Kreisversammlung sprach sich einstimmig für einen Sonderparteitag aus. Sollte es zu einem Sonderparteitag kommen, stellt Albert Riedelsheimer für den Kreisverband den Antrag auf Einführung eines Menschenrechtsbeauftragten im Verteidigungsministerium. Dieser Antrag wurde mit einer Gegenstimme angenommen. Albert Riedelsheimer schreibt diesbezüglich eine Pressemitteilung. Der Kreisverband sprach sich gegen den Tornado-Einsatz in Afghanistan aus. Der Kreisverband lehnte einstimmig den Einsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans im Rahmen der "Operation Enduring Freedom" ab. Zudem sprach sich der Kreisverband für einen Abschiebestopp von Flüchtlingen nach Afghanistan aus.

5. Listenverbindungen

Hubert Renelt liegt eine "ordentliche 9er oder 10er Fraktion im Kreistag" sehr am Herzen. Die einzelnen Listen und eventuelle Listenverbindungen wurden gründlich diskutiert. Die Versammlung machte deutlich, dass die Listenverbindungen mit den bestehenden Partnern bevorzugt werden. Wir übernehmen die Initiative für Listenverbindungen. Die beiden Kreisräte mit den beiden Kreisvorsitzenden führen die Gespräche mit in Frage kommenden Parteien/Gruppen. Sehr positiv wurde "50+aktiv" bewertet. Vor der Nominierungsversammlung soll am Mittwoch, 26. September, in Nördlingen (Sportheim Berger Wiese) noch eine Kreisversammlung stattfinden.

6. Sonstiges

Mitgliedsanträge müssen bestellt werden! Hubert Renelt betonte, Grün müsse Stellung beziehen. Er bemängelte die fehlende Pressearbeit seitens des Vorstandes zu den Themen, Flughäfen,

Gen-Mais und rumänische Feldarbeiter.

Kurt Jenning

Kreisverbands Wiki

Mit der Einführung eines Kreisverbands-Wikis steht eine einfache Möglichkeit zur Verfügung, sich an der Arbeit des KV zu beteiligen, oder einfach "nur" neue Ideen in den Raum zu schmeißen.

Hier eine Anleitung in 10 Schritten:

1. Internet aufmachen.
2. <http://wikis.netzbegrueung.de> besuchen.
3. Links unter "Hier gibt's uns" den Link zu "DonauRies" anklicken.
4. Links unter "Hier gibt's Unterwikis" auf "Grüne" klicken. In der Mitte des Bildschirms taucht nun der aktuelle Inhalt, wie z. B. der Entwurf für das Wahlprogramm auf. Einfach durchklicken, lesen und stöbern. Nun eine Anleitung, um Inhalte zu ändern, sich zu beteiligen.
5. Links oben auf "Registrieren" klicken.
6. Die Felder mit den ** müssen ausgefüllt werden.
7. E-Mails abrufen und den Anweisungen folgen.
8. Schritte 3 und 4 wiederholen.
9. Rechts oben auf "Editieren" klicken.
10. Mit den eben erstellten Daten anmelden (Benutzername = VornameNachname z.B. NicoAch).

Und los geht's, Ideen reinhacken, Fehler korrigieren, Meinung kundtun. Es kann nix kaputt gehen, falls doch, war ich Schuld. Also ran an die Tastatur! Viel Spaß dabei, eine ausführliche Anleitung gibt es auch auf der nächsten KV. Bei Fragen kannst

du dich an mich
(nico.ach@netzbegruenung.de) wenden.



**INFOBRIEF von
Hans-Josef Fell, MdB
Sprecher für Energie- und
Technologiepolitik der
Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die
Grünen**

Bei meiner Rede auf der europäischen Photovoltaikkonferenz in Mailand war es mir besonders wichtig, die Gefährdung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) hervorzuheben. Die europäischen Stromkonzerne versuchen gemeinsam mit Teilen der Europäischen Kommission die europäischen Energierichtlinien so zu harmonisieren, dass das EEG abgeschafft wird. Ersetzt werden soll es durch eine Regelung, die den Ausbau der Erneuerbaren quotiert und in den Herrschaftsbereich der Energiekonzerne überführt. Dies war den Mineralölkonzernen ja bekanntlich in den beiden letzten Jahren in Deutschland bei den Biokraftstoffen bereits gelungen.

Gefährdet wird in Deutschland derzeit ganz konkret der Ausbau der Photovoltaik, wenn die große Koalition die Degressionsraten in der bevorstehenden EEG-Novelle zu hoch ansetzt. Bislang gibt es lediglich den Entwurf eines Erfahrungsberichts durch den Bundesumweltminister, der bereits eine erhebliche Anhebung der Degressionsraten vorsieht. Es steht zu befürchten, dass der Bundeswirtschaftsminister auf noch höhere Degressionsraten drängen wird.

Sollte sich auf nationaler und europäischer Ebene die Vernunft durchsetzen, wird die Photovoltaik eine große Zukunft haben.

Die technologische und industrielle Entwicklung ist rasant. Schon im nächsten Jahrzehnt können wir damit rechnen, dass es billiger sein wird, sich seinen Solarstrom selbst zu erzeugen als konventionellen Strom beim Energieversorger einzukaufen.

Weitere Informationen

Keine Zukunft hingegen hat die Atomenergie

Nachdem die Energy Watch Group in einer Studie heraus gearbeitet hatte, dass für die angebliche Renaissance der Atomenergie nicht genügend Uran vorhanden ist, wird dies selbst durch das Nuklear-Unternehmen NUKEM bestätigt. Auf der Nukem-Homepage findet sich folgender bemerkenswerter Satz: "Forget the nuclear renaissance. Just fueling the reactors we have right now, finishing the ones under construction and adding a few more that are firmly planned in power-starved markets in Asia, and we still have a market that refuses to go down. This is the back-up for all those claims that uranium prices will continue to rise for the foreseeable future." NUKEM, Inc. President and CEO James C. Cornell; Presentation to Sprott Securities Conference in NYC. Link: <http://www.nukeminc.com/speeches-presentations.cfm>

(Übersetzung: Vergesst die Renaissance der Atomenergie. Gerade noch die Atomreaktoren mit Brennstäben zu versehen, die wir jetzt haben, diejenigen fertig stellen, die schon gebaut werden und ein paar zusätzliche hinzufügen, die in den energiehungrigen Märkten Asiens fest geplant sind - und wir haben immer noch einen Markt, der sich weigert zurück zu gehen. Das ist die Rückfallposition für alle, die behaupten, dass Uranpreise in der absehbaren Zukunft weiter steigen werden.)

Sicherheitsdiskussion um Atomkraftwerke

Offenbar verzweifelt nach Argumenten für den Weiterbetrieb alter Atomkraftwerke sucht die Union. So hatte CDU-Generalsekretär Pofalla am Wochenende ernsthaft behauptet, es würde mehr CO₂ ausgestoßen, wenn ältere Atomkraftwerke

kürzer und neuere Atomkraftwerke entsprechend länger laufen. Bundeskanzlerin Merkel hat ebenfalls kein Problem damit, ältere Atomkraftwerke weiter laufen zu lassen und vertritt die Meinung, dass diese nicht weniger sicher seien als neuere. Dass ältere Atomkraftwerke kaum gegen Flugzeugabstürze geschützt sind, hat sich bis ins Kanzleramt noch nicht herumgesprochen. Auch die anderen technischen Unterschiede könnte die Union in den technischen Atomkraftwerksbeschreibungen herausfinden - wenn sie denn wollte.

Weiter Milliardensubventionen für die Atomwirtschaft

Herausgefunden haben wir, wie hoch die aktuellen Rückstellungen der Atomkonzerne für die Atomrückstellungen sind. Diese betragen Ende 2006 27,388 Milliarden Euro. Würden diese Rückstellungen in voller Höhe versteuert werden, würden die Steuereinnahmen laut Bundesregierung 8,2 Milliarden Euro betragen. Die Atomwirtschaft sollte sich überlegen, ob sie weiter gegen den Atomkonsens anrennt. Dies könnte sie am Ende Milliarden kosten.



Kinder bleiben in Bayern auf der Strecke

Neue Studie des Statistischen Bundesamtes: Betreuungsquote bei unter Dreijährigen liegt nur bei 7,3 Prozent

Die Grünen im Bayerischen Landtag sehen sich in ihren Forderungen nach einem massiven Ausbau der qualitativen Betreuungsangebote in Bayern durch eine aktuelle Studie des Statistischen Bundesamtes bestätigt. "Mit einer Betreuungsquote bei Kindern unter 3 Jahren von 7,3 Prozent ist Bayern nach

wie vor eines der Schlusslichter in der Kinderbetreuung", betont die sozialpolitische Sprecherin Renate Ackerman. Damit bleibe der Freistaat weit hinter der Forderung der Bundesfamilienministerin zurück.

Vor diesem Hintergrund sei die Mitteilung des Bayerischen Gemeindetags, in Bayern habe sich sei der Einführung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz (BayKiBig) unglaublich viel getan, ein nicht nachzuvollziehender Widerspruch. Den Wunsch nach einem Abbau des Verwaltungsaufwands unterstützen die Landtagsgrünen dagegen. "Wir haben schon immer davor gewarnt, dass durch die Gewichtungsfaktoren, die Buchungszeitenregelung und die Gastkinderregelung ein unglaublich hoher Verwaltungsaufwand entsteht", so Renate Ackermann. Wenn schon der Gemeindegtag einsehe, dass sich die von ihm eingeforderte Gastkinderregelung nicht bewährt habe, müsse die Bayerische Staatsregierung diese endlich fallen lassen und den Eltern überlassen, wo sie ihre Kinder hinschicken. "Wunsch und Wahlrecht der Eltern stehen für uns im Fokus."

Impressum

BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN

Kreisverband Donau-Ries

Kreisvorsitzende:

Ursula Kneißl-Eder

St.-Ulrichs-Ring 13

86675 Buchdorf

Tel. und Fax 09099-96 62 30

ursula.kneissl-eder@gruene-don.de

Kreisvorsitzender:

Rudi Koukol

Melchior-Meyr-Straße 9

86720 Nördlingen

Tel. 09081-2 44 17

rudi.koukol@gruene-don.de

Bankverbindung:

Konto 542032 BLZ 722 901 00

bei Raiffeisen-Volksbank Donauwörth

Layout und Inhalt:

Ursula Kneißl-Eder